

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsvorsitzende Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Jasmin Tegge
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Ratsmitglied Peter Debring
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Björn Heinisch
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Ratsmitglied Petra Kolbe
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Hermann Stolle
Beigeordneter Michael Veh
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski
Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied BASU-Fraktion

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion

Beigeordneter Stefan Becker
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied "Piraten"

Ratsmitglied Rainer Büscher

Mitglied "Die Linke"

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

Stadtrat Dr. Jens Gaul

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfung Heike Hansemann

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Stellv. Fachbereichsleiter Finanzwirtschaft Stefan Kück

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Bürgermeister Holger Barkowsky

Beigeordneter Werner Biehl

Ratsmitglied Melanie Bratzke

Ratsmitglied Norbert Schmidt

Gäste

Andrea Aulkemeyer Geschäftsführerin Reinhard-Nieter-Krankenhaus
Städtische Kliniken gGmbH

Carsten Engelhardt Pricewaterhouse Coopers AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Oldenburg

Dr. Katja Grieser Seufert Rechtsanwälte München

Dr. Harald Endemann Seufert Rechtsanwälte München

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde ab Seite 9

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

5	Bericht zum Reinhard-Nieter-Krankenhaus - Vortrag durch Herrn Carsten Engelhardt von der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Oldenburg	
6.1.1	Wirtschaftsplan 2012 der Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH	283/2012
6.1.2	Wirtschaftsplan 2012 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH	271/2012
6.1.3	Nachtragswirtschaftsplan 2012 der WTF Stadtwerke GmbH	272/2012
6.1.4	2. Nachtragshaushaltssatzung 2011 / 2012 der Stadt Wilhelmshaven	273/2012
6.1.5	Jahresabschlüsse 2008 bis 2011 - Bildung von Rückstellungen	288/2012

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der soeben vorgetragenen Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.09.2012

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 19.09.2012 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Zur „aktuellen Stunde“ lagen keine Beratungspunkte vor.

5 Bericht zum Reinhard-Nieter-Krankenhaus - Vortrag durch Herrn Carsten Engelhardt von der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Oldenburg

Zunächst gab **Oberbürgermeister Wagner** eine kurze Einführung zum Thema: In den letzten Wochen habe sich die Stadt mit dem Reinhard-Nieter-Krankenhaus und den dazugehörigen Tochtergesellschaften unter Zuhilfenahme professioneller Dritter beschäftigt. Es sei nicht Aufgabe der Verwaltung, die Lage derzeit zu beurteilen. Zunächst müsse sich intensiv mit den Fakten auseinandergesetzt sowie die tatsächlichen Zahlen und Sachverhalte erarbeitet werden. Es sei vorerst ein Zahlenstatus zum 1.1.2012 erarbeitet worden, der dann in die Planung für 2012/2013 überführt worden sei. Er bitte die Ratsmitglieder eindringlich, sich mit den umfangreich dargestellten Sachverhalten zu beschäftigen. Wie weiter mit den gewonnenen Erkenntnissen verfahren werde, habe nicht allein der Rat, sondern auch die Öffentlichkeit zu entscheiden, wobei die juristischen Folgen noch nicht absehbar seien. Es gehe heute nicht darum, vorschnelle Urteile zu fällen, sondern erst einmal, sich kundig zu machen und sich über die weitere Beschäftigung mit diesem Thema zu verständigen. Er appelliere an alle Beteiligten, mit den Fakten besonnen umzugehen. Er sehe es als seine Hauptaufgabe an, Schaden von der Stadt, ihren Bürgern, aber auch von den Mitarbeitern der städtischen Kliniken abzuwenden, für eine rückhaltlose Aufklärung zu sorgen und für die Zukunft

Strukturen zu schaffen, die ähnliche Vorgänge nicht noch einmal zuließen. Gleichzeitig müsse die gesundheitliche Vorsorge für die Wilhelmshavener Bürger auf hohem Niveau garantiert werden. Er bitte daher nochmals dringend um eine ernsthafte und besonnene Beratung dieser schwierigen Materie.

Im Anschluss stellte **Herr Engelhardt**, unterstützt durch Ausführungen von **Frau Dr. Katja Griese**, die Ergebnisse der Untersuchung zur Transparenz in der internen Finanzierung des Reinhard-Nieter-Krankenhauses in einem ausführlichen Bericht vor. Thematisiert wurden die Liquiditätsflüsse sowie die Fremdfinanzierung von Eigenbetrieb, gGmbH und der Töchter sowie die Kassenkredite des Eigenbetriebes.

An der anschließenden intensiven Aussprache mit den Referenten beteiligten sich neben **Frau Biester**, **Frau Ober-Bloibaum**, **Frau Weinstock** und **Frau Aulkemeyer** die **Herren Dr. von Teichman**, **Heinemann**, **Walpurgis**, **Wilhelm**, **Lietzmann**, **Hellwig**, **Prof. Reuter**, **von den Berg**, **Föhlinger** und **Oberbürgermeister Wagner**.

Dabei wurde allseitig Unverständnis gegenüber dem Finanzgebaren der damaligen Geschäftsführung zum Ausdruck gebracht. Ebenso zeigten sich alle Beteiligten verwundert darüber, dass derartige Vorgänge eine vergleichsweise lange Zeit unentdeckt bleiben konnten. Auch wurde die Frage nach den dafür Verantwortlichen aufgeworfen. Die Antwort dazu blieb vorerst offen, da es sich um Abläufe handelte, die sich weder den Aufsichtsgremien noch der damaligen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bei der Prüfung des Jahresabschlusses als offensichtlich falsch offenbarten. Seitens der Referenten wurde zudem betont, dass dazu ein unterjähriges Reporting vonnöten gewesen wäre. In der bislang ausgeführten Art und Weise sei die Überwachung nicht engmaschig genug gewesen. Dafür habe es jedoch auch keine Veranlassung gegeben, da der Geschäftsführung das entsprechende Vertrauen entgegengebracht worden sei. Alle Beteiligten sprachen sich übereinstimmend dafür aus, die Thematik anzugehen und zu einer Lösung zu führen.

Auf Bitten von **Herrn Föhlinger** erklärte **Oberbürgermeister Wagner** anschließend das geplante weitere Vorgehen zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge im Krankenhauswesen: Zunächst einmal könne man sich der Vergangenheit nicht verschließen und müsse an einem Abbau der nun aufgelaufenen Schulden arbeiten. Doch seien gewisse Optionen vorhanden, was auch den Blick nach vorne zulasse. An der favorisierten Lösung, der Schaffung eines großen Krankenhauses unter öffentlich-rechtlicher Trägerschaft für Wilhelmshaven, das sich auf dem neuesten technischen Stand befinde, werde derzeit intensiv gearbeitet. Bis zu dessen Umsetzung müsse aus den vorhandenen Gegebenheiten in der Zwischenzeit das Beste gemacht werden.

Frau Aulkemeyer ergänzte abschließend, es sei außerdem vorgesehen, die Mitarbeiter bis spätestens zum 1.1.2014 in ein gemeinsames Tarifsysteem zu überführen. Es werde nicht nur an einer Vergangenheitsbewältigung, sondern ebenso, wenn auch zunächst noch hinter den Kulissen, an der Zukunftssicherung gearbeitet. Sobald die Frage der zukünftigen Trägerschaft geklärt sei, werde auch die Tarifffrage in Angriff genommen.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

6.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

6.1.1 Wirtschaftsplan 2012 der Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH

283/2012

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 06.11.2012 vor.

Herr Dr. von Teichman sprach Oberbürgermeister Wagner seine Anerkennung für die nunmehr erfolgende Aufarbeitung des Themas aus. Dieses hätte nicht einen solchen Umfang angenommen, wenn sich alle früher damit befasst hätten. Jetzt gelte es, nach vorn zu blicken, jedoch nicht auf dem nun eingeschlagenen Weg. Spätestens jetzt müsse jedem klar sein, dass sich eine kommunale Struktur für das Krankenhaus nicht bewährt habe. Er könne nicht nachvollziehen, aus welchem Grunde eine Privatisierung noch immer nicht in Erwägung gezogen werde. Seiner Meinung nach könne der städtische Haushalt das heute beschlossene Volumen gar nicht auffangen.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, es sei nicht verwunderlich, wenn sich derartige Gedanken nunmehr aufdrängten. Dennoch gebe er zu bedenken, dass, nur weil etwas in der Vergangenheit nicht funktioniert habe, man dies in der Zukunft nicht sehr wohl schaffen könne. Selbst wenn ein Verkauf beschlossen würde, müsse zunächst ein Käufer gefunden werden. Hinzu komme die sich dann üblicherweise anschließende Verlustübernahme, zu der sich die Stadt vertraglich verpflichten müsse. Die Stadt sehe jedoch bessere Alternativen, als für viele Jahre eine Verlustübernahme zu vereinbaren. Diese bestehe zum Beispiel in der Einrichtung eines ganz neuen Krankenhauses. Doch auch dafür seien umfangreiche Vorarbeiten erforderlich. Als erster Schritt sei die Einsetzung eines professionellen Managements in Person von Frau Aulkemeyer erfolgt, deren Arbeit sowie die ihres Teams er in diesem Zusammenhang ausdrücklich loben wolle. Diese sowie die extern angeforderte Unterstützung haben entscheidend zur bisherigen Aufklärung in dieser Angelegenheit beigetragen. Alle Beteiligten, auch über die Stadtgrenzen hinaus, seien sich darin einig, dass nunmehr am Ausbau weiterer professioneller Strukturen zum Aufbau und Betrieb eines neuen Krankenhauses gearbeitet werden müsse. Dafür sei die Stadt gut aufgestellt und dürfe nicht vorschnell aufgeben.

Herr von den Berg machte in Richtung von Herrn Dr. von Teichman darauf aufmerksam, dass der Ruf nach früherer Reaktion im Nachhinein betrachtet immer einfach sei. Bei ordnungsgemäßer Führung des Krankenhauses sei die Stadt erst gar nicht in diese Situation geraten und der hohe Aufwand zur Aufarbeitung hätte erspart werden können. Doch sei auch die allgemeine Situation der kommunalen Krankenhäuser insgesamt nicht die beste.

Frau Biester bezog sich auf eine Veranstaltung der Frauenunion im Jahr 2009, bei der mit einem namhaften Referenten die Frage diskutiert worden sei, ob die Privatisierung kommunaler Krankenhäuser überhaupt eine Alternative darstelle. Damals sei vom Referenten als einzig sinnvolle Alternative genau das aufgezeigt worden, was heute die Stadt versuche. Zudem sei die Unterhaltung dreier Krankenhäuser in der Region vor dem Hintergrund der Einwohnerzahl einfach zu viel.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Frau Weinstock** erklärte **Oberbürgermeister Wagner**, es handele sich bei dem in 2013 als „Ertrag“ gekennzeichneten Posten um die gegebenenfalls nicht mehr benötigten Pensionsrückstellungen. Dies sei jedoch von einigen weiteren Maßnahmen

abhängig. Er bitte, im Wirtschaftsplan das Jahr 2012, um dieses gehe es hier, zu betrachten. Bei den Zahlen aus 2013 handele es sich zunächst einmal um Planzahlen. Deren weitere Entwicklung sei wiederum abhängig von der künftigen strategischen Ausrichtung.

Die Frage von **Frau Ober-Bloibaum**, wie lange noch für das Reinhard-Krankenhaus gezahlt werden müsse, beantwortete **Oberbürgermeister Wagner** mit dem Hinweis, dies geschehe, solange der Rat dies mittrage.

Herr Debring machte abschließend darauf aufmerksam, es gehe jetzt um den Wirtschaftsplan für 2012. Überlegungen das Jahr 2013 seien aufgrund der ungewissen weiteren Entwicklungen vorerst entbehrlich.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(1 Nein-Stimme: Dr. von Teichman, FDP; 5 Enthaltungen: BASU-Fraktion; Herr Heinisch, SPD-Fraktion; Herr Walzner, UWG-Fraktion und Herr Hammadi, Die Linke)

Dem Wirtschaftsplan 2012 der Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtischen Kliniken gGmbH mit einem ausgewiesenen Verlust von 9.161.346 Euro wird vorbehaltlich der Zustimmung des Rates zur Beschlussvorlage „2. Nachtragshaushaltssatzung 2011/2012 der Stadt Wilhelmshaven“ [273/2012] zugestimmt.

6.1.2 Wirtschaftsplan 2012 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH **271/2012**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 06.11.2012 vor.

Herr Dr. von Teichman bemängelte die verspätete Vorlage dieses Wirtschaftsplanes sowie dessen Unübersichtlichkeit. Im Übrigen gäben die dort enthaltenen Zahlen ebenfalls Anlass zur Besorgnis.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(2 Nein-Stimmen: Dr. von Teichman, FDP und Frau Weinstock, BASU-Fraktion)

Dem Wirtschaftsplan 2012 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust von 3.990.000 Euro wird vorbehaltlich der Zustimmung des Rates zu den Vorlagen „Nachtragswirtschaftsplan 2012 der WTF Stadtwerke GmbH“ [272/2012] und „2. Nachtragshaushaltssatzung 2011 / 2012 der Stadt Wilhelmshaven“ [273/2012] zugestimmt.

6.1.3 Nachtragswirtschaftsplan 2012 der WTF Stadtwerke GmbH **272/2012**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 06.11.2012 vor.

Herr Hellwig erkundigte sich, ob in Zukunft wieder mit einer Verbesserung des Geschäftsergebnisses der GEW, das zu einem großen Teil für den Verlust der Stadtwerke verantwortlich sei, gerechnet werden könne.

Herr Stoffers bestätigte, dass das Ergebnis der WTF-Stadtwerke GmbH im Wesentlichen durch das Ergebnis der GEW beeinflusst werde. Zunächst einmal sei das Ergebnis in 2012 schlechter ausgefallen, als in der Planung vorgesehen. Nach Aussage des Geschäftsführers der GEW würden im kommenden Jahr jedoch bessere Ergebnisse erzielt werden mit dem Effekt, dass bei den Stadtwerken in 2013 kein Verlust mehr auszuweisen sei.

Herr Dr. von Teichman verlieh seinen Bedenken Ausdruck. Hier zeige sich einmal mehr, dass auf die Kernverwaltung aufgrund der zahlreichen „Baustellen“ im Bereich der Beteiligungen weitere Probleme zukämen. Es interessiere ihn sehr, wie eine Lösung aussehen könne. Hier wolle er erneut an die Bildung einer AöR erinnern, die von der FDP bereits lange vorgeschlagen, vom Rat jedoch abgelehnt worden sei. Eine Zusammenfassung aller Beteiligungen unter einem Dach halte er vor diesem Hintergrund für dringend geboten.

Herr Becker bat um Auskunft, worauf sich die Aussage von Herrn Stoffers begründe, in 2013 würde bei den GEW kein Verlust mehr entstehen.

Oberbürgermeister Wagner bestätigte, die Stadt müsse sich grundsätzlich Gedanken über die weitere Strukturierung und Steuerung der Gesellschaften machen. So seien die Zahlen aus den Beteiligungen bislang nicht konsolidiert betrachtet worden. Ab diesem Jahr werde dies bereits für die Ist-Zahlen geschehen, doch in Zukunft müssten auch die Plan-Zahlen konsolidiert betrachtet werden. Dazu sei zu betonen, dass diese Veränderung nicht umgehend umgesetzt werden könne, sondern durchaus einige Jahre in Anspruch nehmen könne.

Herr Dr. von Teichman verwies einmal mehr auf die gesetzlich durch das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz vorgesehene Pflicht der Kommune zur Steuerung ihrer Beteiligungen. Dafür sei nicht zuletzt auch der Rat verantwortlich. Er hege die Hoffnung, dass dieser Pflicht nunmehr nachgekommen werde.

Bezüglich der von **Herrn Becker** aufgeworfenen Frage trug **Herr Stoffers** eine Stellungnahme der GEW vor. Demnach habe die für 2012 geplante Gewinnabführung nicht in der ursprünglichen Höhe erreicht werden können. Insbesondere hätte die aufgrund geänderter gesetzlicher Vorgaben notwendig gewordene Einführung einer neuen Software zur Energieabrechnung im Geschäftsjahr 2012 zu einer einmalig hohen Belastung geführt. Nach Abschluss dieses Umstellungsprozesses gehe man davon aus, dass ab 2013 die Gewinnabführung wieder wie geplant erfolgen könne.

Herr Föhlinger mahnte, es sei nicht verwunderlich, dass die Gewinne im Bereich der Stadtwerke zurückgingen, wenn immer wieder, wie in der Vergangenheit geschehen, verbundene Gesellschaften abgestoßen würden. Aus diesem Grunde halte er die Tendenz des Oberbürgermeisters zur Rekommunalisierung für den richtigen Schritt.

Oberbürgermeister Wagner hielt dem entgegen, Rekommunalisierung dürfe jedoch nicht als Selbstzweck verwendet werden. Vielmehr müsse ergebnisoffen nach einer sinnvollen Lösung gesucht werden. Auch die Frage der möglichen Rechtsform sei noch offen. Die Ergebnisse dieser Überlegungen würden dem Rat detailliert vorgestellt. Auf gar keinen Fall dürfe das Ergebnis dieser Überlegungen bereits vorweg genommen werden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 2 Enthaltungen: Dr. von Teichman, FDP und Frau Weinstock, BASU-Fraktion)

Dem 1. Nachtragswirtschaftsplan 2012 der WTF Stadtwerke GmbH wird vorbehaltlich der Zustimmung des Rates zur Beschlussvorlage „2. Nachtragshaushaltssatzung 2011 / 2012 der Stadt Wilhelmshaven“ [273/2012] zugestimmt.

6.1.4 2. Nachtragshaushaltssatzung 2011 / 2012 der Stadt Wilhelmshaven 273/2012

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 06.11.2012 vor.

Herr Dr. von Teichman vermisste das aus seiner Sicht notwendige Haushaltskonsolidierungskonzept, da das hier dargestellte Defizit den von der Kommunalaufsicht genehmigten Rahmen deutlich überschreite. Damit könne die Leistungsfähigkeit der Kommune nicht mehr gewährleistet werden. Aufgrund dessen halte er diesen Vorschlag für rechtswidrig und werde ihn daher ablehnen. Er gehe nicht davon aus, dass dieser Nachtrag genehmigt werde. Das wiederum werfe für ihn die Frage auf, wie eine Konsolidierung hier noch aussehen könne.

Herr Stoffers erklärte, dass der Verwaltung sehr wohl die Auswirkungen dieser Nachtragshaushaltssatzung bewusst sowie die Gründe der Verschlechterung bekannt seien. Daher sei das heute dem Rat vorgestellte Vorgehen im Vorfeld bereits mit der Kommunalaufsicht abgesprochen worden. Auch habe die Vorlage eines Konsolidierungskonzeptes zur Diskussion gestanden. Seitens der Kommunalaufsicht sei dies bislang jedoch noch nicht eingefordert worden.

Herr Hellwig merkte an, die CDU-Fraktion sehe sich in der Verantwortung sowohl für die Stadt, als auch für die Bürger und werde daher der Beschlussvorlage zustimmen.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Debring** führte **Herr Stoffers** weiter aus, die Stadt stehe in engem Kontakt mit der Kommunalaufsicht. Dort lägen alle erforderlichen Unterlagen vor und es würde dort derzeit das Erfordernis eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes geprüft. Nach dem bisherigen Sachstand werde dies jedoch nicht für notwendig erachtet.

Oberbürgermeister Wagner ergänzte, die Notwendigkeit eines solchen Konzeptes sei unstrittig. Es sei dringend erforderlich, ein aussagefähiges Papier zu erarbeiten, in dem mit Maßnahmen hinterlegte und umsetzbare Beträge enthalten seien. Spätestens mit dem Haushalt 2013/2014 müsse ein belastbares Haushaltskonsolidierungskonzept vorliegen. Er appelliere an den Rat, daran aktiv mitzuarbeiten. Die derzeitige Entwicklung dürfe nicht fortgesetzt, sondern es müsse vielmehr mit aller Kraft auf einen ausgeglichenen Haushalt hingearbeitet werden.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 2 Nein-Stimmen: Dr. von Teichman, FDP und Frau Weinstock, BASU-Fraktion und 1 Enthaltung: Herr Walzner, UWG-Fraktion)

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 i.V.m. § 115 NKomVG die 2. Nachtragshaushaltssatzung 2011 / 2012 der Stadt Wilhelmshaven.

6.1.5 Jahresabschlüsse 2008 bis 2011 - Bildung von Rückstellungen**288/2012**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 06.11.2012 vor.

Der Rat nahm Kenntnis:

Die Jahresabschlüsse 2008 bis 2011 werden sich aufgrund notwendiger Rückstellungen gegenüber den bisher mittgeteilten Jahresergebnissen folgendermaßen verschlechtern:

Jahr	notwendige Rückstellung in Mio. €
2008	1,3 Mio. €
2009	1,0 Mio. €
2010	1,0 Mio. €
2011	1,0 Mio. €

Die vom Rat am 18.07.2012 beschlossene Nachbewilligung zum Haushalt 2012 [201/2012] in Höhe von 4.283.500 € wird im Aufwandsbereich nicht in Anspruch genommen.

7 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es bestand kein Informationsbedarf.

B EinwohnerfragestundeFragen zu Angelegenheiten der Gemeinde

(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Schriftlich eingereichte Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung

(§ 19 Abs. 2 des Geschäftsordnung des Rates)

In Beantwortung der Nachfrage von **Frau Kruse-Janssen** bezüglich Tagesordnungspunkt 6.1.3 „Nachtragswirtschaftsplan für die WTF Stadtwerke GmbH“ informierte **Oberbürgermeister Wagner**, es handele sich bei dem Wegfall der Beteiligungserlöse um die zwar geplanten, aber dann entfallenen Erlöse aus der Gewinnabführung der Stadtwerke.

Herr Stoffers erläuterte anschließend den zugrunde liegenden Sachverhalt.

Herr Radmer bat um Auskunft, bis wann die Untersuchungen zum Reinhard-Nieter-Krankenhaus voraussichtlich abgeschlossen seien.

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, es handele sich hier um ein Thema, das nicht planbar sei. Die Verwaltung sei jedoch dabei, dies entsprechend zügig abzuarbeiten.

Herr Radmer zeigte sich erfreut, dass es überhaupt zu einer derartigen Untersuchung komme.

Im Rahmen der Zusatzfrage bat Herr Radmer ferner darum mitzuteilen, wie die unterschiedlichen Abrechnungssysteme der einzelnen Gesellschaften zusammengeführt werden sollten.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, es werde zum einen in der Kernverwaltung ein neues Buchhaltungssystem eingeführt, welches unter anderem auch konsolidierungsfähig sei. Zum anderen plane die Stadt mit Schnittstellen zu arbeiten, um auf lange Sicht die Zahlen zusammenführen zu können. Dies diene dem Ziel, auch unterjährig konsolidiert dem Rat berichten zu können.

Herr Madeja erkundigte sich hinsichtlich der bislang durchgeführten Umbaumaßnahmen im Reinhard-Nieter-Krankenhaus. Es interessiere ihn, was im Falle eines Neubaus mit diesem Haus geschehe.

Oberbürgermeister Wagner führte dazu aus, dass im Falle eines Neubaus nicht mehr alle am Reinhard-Nieter-Krankenhaus geplanten Umbaumaßnahmen umgesetzt werden könnten. Andererseits würden jedoch alle notwendigen Maßnahmen durchgeführt, um das Krankenhaus funktionsfähig zu halten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

gez.

Glaser
Ratsvorsitzende

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin